

(A)

## 34. Sitzung

### 21. Sitzungsabschnitt

Düsseldorf, Mittwoch, 29. Februar 1956

Mitteilungen des Präsidenten	1043 B
(B) Regierungserklärung	1043 C
Ministerpräsident Steinhoff	1043 C
Vereidigung der Minister	1051 C
Nächste Sitzung	1051 D

**Beginn: 10.12 Uhr**

**Präsident Gockeln:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Verhandlungen des 21. Sitzungsabschnitts des Landtags Nordrhein-Westfalen und heiße die Mitglieder des Hohen Hauses, die Gäste und die Vertreter der Presse herzlich willkommen.

Für die heutigen Verhandlungen sind entschuldigt die Herren Abg. Aust, Sonnenschein, Luster-Haggeney, Heinemann, Dr. Hoven und Brockmann.

Um einen mehrwöchigen Urlaub haben die Herren Abg. Dr. Flehinghaus, Dr. Vomfede und Lensing gebeten. Ich bitte, gemäß § 1 der Geschäftsordnung mit dem von mir erteilten Urlaub einverstanden zu sein. — Es ist so beschlossen.

Der Herr Ministerpräsident hat mir gemäß Art. 52 der Landesverfassung mitgeteilt, daß er eine Regierung für das Land Nordrhein-Westfalen gebildet habe und beabsichtige, diese Regierung heute dem Landtage vorzustellen. Im Rahmen des Punktes 1 der Tagesordnung wird der Herr Ministerpräsident dem Hause die neue Regierung vorstellen.

Wir kommen damit zur Tagesordnung. Ich rufe auf Punkt 1: (C)

### Regierungserklärung.

Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

**Steinhoff, Ministerpräsident:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erfüllt von tiefer Sorge um die Festigung und Entwicklung der demokratischen Gemeinschaft unseres Volkes, die auf den unveräußerlichen Rechten menschlicher Freiheit gegründet ist, haben in ernster Stunde Sozialdemokraten, Freie Demokraten und das Zentrum im Lande Nordrhein-Westfalen eine neue Regierung gebildet, die entschlossen ist, allen Machtansprüchen entgegenzutreten, die eine Beeinträchtigung des freien Volkswillens darstellen. Die neue Landesregierung wird alle geeigneten verfassungsmäßigen Maßnahmen ergreifen, um den im Bund erkennbaren Kräften entgegenzuwirken, die das deutsche Volk in eine gefährliche Gleichförmigkeit des politischen Denkens zu zwingen suchen und ihre Machtstellung auf bedenklichen Wegen zu stabilisieren trachten.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Das wirksamste Abwehrmittel erblickt die Landesregierung darin, daß sie in unserem Lande selbst durch Toleranz und Loyalität den politischen und gesellschaftlichen, den religiösen und weltanschaulichen Kräften freien Schaffensraum gewährt, um durch das Beispiel den demokratischen Staat zu festigen und ihm neue Anhänger zu gewinnen, die zu seiner Gestaltung und Verteidigung auch unter persönlichen Opfern bereit sind. Unsere Hoffnungen und Erwartungen sind dabei insbesondere auf die Jugend gerichtet. (D)

Diese Selbstbindung unter dem Ideal der demokratischen Freiheit wird die Regierung auch dadurch begünstigen, daß sie der Volkswirtschaft und ihren gestaltenden und schaffenden Kräften ihr förderndes Interesse zuwendet. Den hilfsbedürftigen Menschen unseres Landes wird ihre ganze Fürsorge gelten.

Neben der Existenzsicherung und Förderung des materiellen Wohls wird die Regierung um eine allgemeine Hebung der Volksbildung bemüht sein. Dabei geht sie von der Vorstellung aus, daß die Bildungsziele der individuellen Lebenstüchtigkeit und des sozialen Wohlverhaltens ihre notwendige Ergänzung in der Bindung des einzelnen an überpersonale Werte finden.

In einer Atmosphäre des Fortschritts und der Freiheit, getragen von dem Gedanken der gegenseitigen Achtung aller Bekenntnisse, politischen Gruppen und gesellschaftlichen Schichten, wirbt die Landesregierung um die Mitarbeit aller, die guten Willens sind.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Von diesen Grundsätzen ausgehend, haben sich die genannten Fraktionen zusammengesetzt, und auf der Basis der Vereinbarungen ist von mir die neue Regierung gebildet worden. Ich habe gemäß Art. 52 der Landesverfassung zu Ministern dieses Landes ernannt:

Herrn Willi Weyer  
zum Finanzminister und Stellvertreter des Ministerpräsidenten,

(Beifall bei den Regierungsparteien)

(Steinhoff, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) Herr Hubert Biernath  
zum Innenminister,  
(Beifall bei den Regierungsparteien)
- Herrn Dr. Hermann Kohlhasse  
zum Minister für Wirtschaft und Verkehr,  
(Beifall bei den Regierungsparteien)
- Herrn Dr. Josef Effertz  
zum Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,  
(Beifall bei den Regierungsparteien)
- Herrn Heinrich Hemsath  
zum Arbeits- und Sozialminister,  
(Beifall bei den Regierungsparteien)
- Herrn Dr. Fritz Kaßmann  
zum Minister für Wiederaufbau,  
(Beifall bei den Regierungsparteien)
- Herrn Prof. Dr. Paul Luchtenberg  
zum Kultusminister,  
(Beifall bei den Regierungsparteien)
- Herrn Dr. Rudolf Amelunxen  
zum Justizminister,  
(Beifall bei den Regierungsparteien)
- Herrn Karl Siemsen  
zum Minister für Bundesangelegenheiten.  
(Beifall bei den Regierungsparteien)

(B) Meine Damen und Herren, ich möchte diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen, Herr Kollege Arnold, und den Mitgliedern Ihres Kabinetts für die im Interesse des Landes geleistete Arbeit meinen aufrichtigen Dank auszusprechen.

(Lebhafter Beifall bei allen Parteien)

Das neue Kabinett wird von einer Regierungskoalition getragen. Die derzeitige politische Entwicklung legt eine eindeutige Klarstellung des Begriffes nahe. Wir sehen in der neugebildeten Koalition eine im Staatsinteresse eingegangene Arbeitsgemeinschaft, deren Mitglieder neben übereinstimmenden Auffassungen auch voneinander abweichende besitzen. Unter Respektierung dieses Tatbestands werden wir Wege suchen und finden, auf denen die Koalition gemeinsame positive Arbeit in der Gesetzgebung und der Verwaltung des Landes leisten kann.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Ich habe die Mitglieder des neuen Kabinetts nach den Bestimmungen der Verfassung berufen. Angesichts der jüngsten Ereignisse lege ich Wert auf die Feststellung, daß der formelle Akt der Ernennung von dem Vertrauensverhältnis getragen ist, das zwischen den einzelnen Koalitionspartnern und den von ihnen vorgeschlagenen Ministern besteht.

(Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien)

Nordrhein-Westfalen ist gemäß Art. 1 der Landesverfassung ein Gliedstaat der Bundesrepublik. Im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung ist die Landesregierung selbstverständlich bereit, dem Bunde zu geben, was des Bundes ist. Ihre Mitglieder und die Koalitionstraktionen

bejahen den Vorrang des deutschen Gesamtinteresses, staatsrechtlich vertreten durch die Bundesrepublik. Unbeschadet dessen wird die Landesregierung die nach den geltenden Verfassungsbestimmungen und den Gesetzen dem Lande zustehenden Rechte gewissenhaft wahrnehmen und das Land und seine Bewohner vor Nachteilen bewahren, die aus konkurrierenden Tendenzen im Bunde entstehen könnten.

Wir anerkennen die Vielzahl der wichtigen Bundesaufgaben und der sich daraus ergebenden finanziellen Erfordernisse, soweit sie haushaltsrechtlich einwandfrei und übersichtlich festgestellt sind. Vom Bund erwarten wir dagegen die Bereitschaft, die eigenen Verpflichtungen den Ländern, insbesondere auch den Gemeinden gegenüber ausreichend zu berücksichtigen. In der Vergangenheit sind die Länder allzuoft durch die Finanz- und Steuerpolitik der Bundesregierung wie durch die Hortung von Milliardenbeträgen oder durch übermäßige Inanspruchnahme von laufenden Steuereinnahmen für Zwecke des außerordentlichen Haushalts benachteiligt worden. Wir hoffen, daß das unbefriedigende Verhältnis zwischen Bund und Ländern auf der Grundlage der Zusammenarbeit neu gestaltet werden kann.

Die Landesregierung ist sich zudem bewußt, daß sie über den Bundesrat selbst ein mitverantwortlicher Träger der Bundesgesetzgebung ist. Sie hat nicht die Absicht — wie ihr das Übelwollende bereits nachgesagt haben —, ihre Stellung im Bundesrat dazu zu benutzen, die Arbeit der Bundesregierung und des Bundestags zu erschweren. Sie wird vielmehr die Arbeit dieser beiden maßgeblichen Träger der Bundespolitik im Rahmen der Grundsätze dieser Erklärung zum Wohle ganz Deutschlands unterstützen.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Es ist nicht die Aufgabe einer Landesregierung, Außenpolitik zu treiben. Nachdem aber in der Polemik gegen die Bildung der neuen Koalitionsregierung in Nordrhein-Westfalen in der deutschen wie leider auch in der ausländischen Presse die Version verbreitet worden ist, daß eine Landesregierung, die nicht unter Führung der Partei des Herrn Bundeskanzlers steht, die Verbundenheit des deutschen Volkes mit den freien Völkern des Westens gefährde, muß ich hierzu die Feststellung treffen, daß solche Kombinationen völlig abwegig sind.

(Bravo! — Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Wer dieser Koalition und dieser Regierung nachsagt, sie gefährde die Stabilität der deutschen Verhältnisse, der leistet mit solchen Verdächtigungen der deutschen Sache im Ansehen des Auslandes einen schlechten Dienst.

(Sehr gut! — Erneuter lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Verwaltung aller Länder steht unter dem Druck ständig wachsender Aufgaben, vielfach solcher, die ihr durch die Bundesgesetzgebung auferlegt werden. Unabhängig davon muß die Reform der Verwaltung vorangetrieben werden, die zu organisatorischen Vereinfachungen im Behördenaufbau und zur Rationalisierung der Arbeitsweise der staatlichen Behörden führt. Das gilt insbesondere hinsichtlich der organisatorischen Gestaltung, der Aufgabenzuteilung und der bezirklichen

(Steinhoff, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) Gliederung der staatlichen Mittelinstanz. Eine dauerhafte Lösung dieses Problems setzt eine gründliche Prüfung aller Gesichtspunkte und Interessen voraus, die vom Standpunkte der Gesamtheit wie aus der Sicht des Bürgers im Behördenverkehr geltend gemacht werden können.

In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, daß die Landesregierung selbstverständlich bereit ist, die dem ehemaligen Lande Lippe seinerzeit gegebenen verbindlichen Zusagen einzuhalten.

(Beifall bei SPD und FDP)

Die im Zeichen der Verwaltungsreform vorbereitete Gesetzesbereinigung soll ihren Niederschlag in einem ersten Bereinigungsgesetz finden, in dem die bisherige Gesetzgebung Nordrhein-Westfalens zusammengefaßt wird.

In ihrer Personalpolitik wird sich die Landesregierung von dem obersten Grundsatz leiten lassen, daß eine gute Verwaltung nur von einer in ihrer Stellung gesicherten und dienstfreudigen Berufsbeamten-, Angestellten- und Arbeiterschaft gewährleistet werden kann.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Sie ist sich bewußt, daß die Bezüge im öffentlichen Dienst in einer angemessenen Relation zum allgemeinen Lebensstandard und den besonderen Verhältnissen des Landes stehen müssen.

Im Anschluß an das Bundesgesetz wird die Landesregierung in Kürze dem Landtag einen Entwurf für die Neuordnung des Personalvertretungsrechts vorlegen. Wir werden hierbei eine Synthese zwischen den berechtigten Wünschen nach einer weitgehenden Mitarbeit der Bediensteten und den Notwendigkeiten einer geordneten Verwaltung zu finden haben.

- (B) Nur eine den demokratischen Staat vorbehaltlos bejahende Polizei kann die ihr in einem freiheitlichen Gemeinwesen gestellten Aufgaben erfüllen. Ihre wirtschaftliche Existenz muß deshalb gesichert sein. Die materielle Lage der Polizeibeamtenschaft soll durch eine angemessenere Bewertung ihrer Dienste verbessert werden. Die Landesregierung müßte es als untragbar ansehen, wenn sich ein Mißverhältnis zwischen der Besoldung der im Aufbau befindlichen Bundeswehr und der Polizei ergeben würde.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Im übrigen werden wir es uns angelegen sein lassen, eine gute Verbindung zu den gewerkschaftlichen Organisationen der Polizei zu unterhalten.

Die eingeleiteten Verbesserungen der Polizeiausrüstung werden fortgesetzt, um die Einsatzfähigkeit unserer Polizei, insbesondere bei der Verkehrsüberwachung, zu steigern. Es ist auch daran gedacht, das Verhältnis der Bereitschaftspolizei zu den übrigen Polizeikräften dienstlich und räumlich enger zu gestalten, um die Ausbildung der Beamten und ihre Zusammenarbeit zu verbessern.

Das öffentliche Gesundheitswesen hat in Nordrhein-Westfalen bisher trotz aller anerkanntswerten Bemühungen noch nicht den Stand erreicht, der in unserem dichtbesiedelten Industrieland gefordert werden muß. Nachdrücklich sollen deshalb insbesondere die allgemeine Schulgesundheitspflege, die Schulzahnpflege und die sportmedizinische Beratung unterstützt werden. Den Fra-

gen des Krankenhauswesens wird die Regierung besondere Beachtung schenken. Die Zahl der verfügbaren Betten muß den gesteigerten Anforderungen angepaßt werden. Es müssen Wege gesucht werden, um die Lücke auszugleichen, die zwischen den begrenzten Einnahmemöglichkeiten der Krankenhäuser und den wachsenden Ausgaben besteht. Diese Lasten werden weiter anwachsen, wenn den berechtigten Ansprüchen der Ärzte und des Pflegepersonals auf angemessene Bezahlung entsprochen werden soll. Die Landesregierung würdigt die wertvolle Arbeit, die neben den Gemeinden in der Krankenpflege und auf anderen Gebieten des Wohlfahrtswesens die Verbände der freien Wohlfahrtspflege wie das Rote Kreuz, die Caritas, die Innere Mission und die Arbeiterwohlfahrt leisten. Sie wird prüfen, was hier noch an weiterer fördernder Hilfe vom Lande geleistet werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch zur Wiedergutmachung einiges sagen! Die Landesregierung spricht ihre hohe Achtung denjenigen aus, die während der Herrschaft des Nationalsozialismus um des Glaubens oder Gewissens willen Widerstand geleistet haben und verfolgt worden sind. Sie bedauert, daß nach elf Jahren die Wiedergutmachung infolge einer schleppenden Behandlung dieser vordringlichen Verpflichtung des neuen demokratischen Staates durch den Bund noch nicht abgeschlossen ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden alles tun, um die endgültige gesetzliche Regelung der Wiedergutmachung voranzutreiben, und für ihre beschleunigte Durchführung sorgen. Die Landesregierung hofft, daß die Stadt- und Landkreise ihre Vorarbeiten intensivieren. Sie wird selbstverständlich mit Nachdruck dafür sorgen, daß dies im staatlichen Bereich ebenfalls geschieht.

Das Verhältnis des Landes zu den Gemeinden, Gemeinde- und Landschaftsverbänden ist in den kommunalen Verfassungsgesetzen geordnet worden. Die Überprüfung des kommunalen Abgabensrechts wird die Landesregierung beschleunigen. Die Neugestaltung des Finanz- und Lastenausgleichs soll mit dem Ziele gefördert werden, das Verfahren zu vereinfachen, die Leistungen für die Gemeinden zu erhöhen und die Selbstverwaltung zu stärken. Die Landesregierung bejaht das Prinzip des Steuerverbunds als Grundlage eines zukünftigen Finanz- und Lastenausgleichs, d. h. sie ist bereit, die Gemeinden mit einem festzulegenden Anteil an dem Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftssteuer zu beteiligen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Der Verteilungsschlüssel der allgemeinen Finanzzuweisungen wird die tatsächlichen Ausgabebelastungen stärker berücksichtigen müssen. Um den finanzschwachen Gemeinden aller Größenordnungen ein Minimum an Dispositionsfreiheit zu sichern, soll die sogenannte Sockelgarantie weiter ausgebaut werden. Die Landesregierung ist bereit, die geforderte Realsteuergarantie für die Gemeinden in der Landesverfassung zu verankern. Um die Wirkungskraft der Selbstverwaltung durch die Weiterbildung der in den Vertretungskörperschaften tätigen Mitbürger zu heben, wird die Landesregierung Mittel und Einrichtungen bereitstellen.

(Steinhoff, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) Zur Neuordnung des Sparkassenrechts wird sie demnächst im Landtag einen Gesetzentwurf einbringen.

Die Finanzwirtschaft des Landes ist abhängig von der Währungs- und Finanzpolitik der Bundesrepublik; oberster Grundsatz der Ausgabenwirtschaft sollte sein: Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit! Die Einnahmen des Landes sollen in Zukunft so wirklichkeitsnah wie möglich veranschlagt werden. Die jüngste Entwicklung auf dem Kapitalmarkt gebietet zwar noch Zurückhaltung bei der Aufnahme von Anleihen, doch ist die Landesregierung entschlossen, zu prüfen, ob unaufschiebbare lebensnotwendige Aufgaben nicht notfalls auch durch Anleihen gedeckt werden können. Sie wird dabei den Investitionsbedarf des Landes und seiner Gemeinden als ein Ganzes betrachten.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die zurückhaltende Politik des Landes allein kann keine Entspannung auf dem Kapitalmarkt herbeiführen, wenn die Gemeinden ihrerseits den dringendsten Nachhol- und Erweiterungsbedarf aus Kreditmarktmitteln decken müssen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich hier hervorheben, daß die Landesregierung insbesondere die steuerpolitischen Tendenzen im Bunde im wachsenden Maße für besorgniserregend hält. An Stelle der seit der Währungsreform unablässig erhobenen Forderung nach einer großen Steuerreform hat sich der Bund leider mit unorganischen Teillösungen bisher begnügt.

(Sehr richtig! bei der SPD)

- (B) Meine Damen und Herren! Wir werden unseren ganzen Einfluß geltend machen, um die Steuerpolitik des Bundes aus dem seit Jahren andauernden Zustand eines bedenklichen Experimentierens zu lösen. Die Landesregierung wird im Bundesrat darauf zu achten haben, daß die Finanzpolitik des Bundes nicht in einen verhängnisvollen Vier-Jahres-Rhythmus gepreßt wird, der an die Bundestagswahltermine anknüpft.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der FDP)

Wir werden im Bundesrat für eine steuervereinfachende Erhöhung der Freibeträge für Arbeitnehmer und eine großzügige Regelung der Ehegattenbesteuerung eintreten und sind uns dabei der Zustimmung des ganzen Hauses bewußt.

Zur Entlastung der Verbraucher und um den einstufigen Betrieben der mittelständischen Wirtschaft gleiche Startbedingungen zu gewähren, hält die Landesregierung die Beseitigung der Schneeballwirkung der Umsatzsteuer für vordringlich.

(Bravo!)

Eine generelle und schematische Senkung der Realsteuern kann man so lange nicht fordern, wie nicht Bund und Länder durch eine organische Umgestaltung des Steuersystems der kommunalen Selbstverwaltung andere Finanzquellen erschlossen haben, die sie für die Lösung lebenswichtiger Aufgaben unumgänglich benötigt.

Die neue Landesregierung tritt ihr Amt zu einem Zeitpunkt an, in dem der von dem vorigen Kabinett vorbereitete Haushaltsentwurf bereits durch die I. Lesung gegangen ist und sich in der Einzelberatung durch die Ausschüsse befindet. Im allgemeinen Interesse und in Anbetracht des zeitlichen Drucks werden wir zweck-

mäßigerweise die Beratungen dieses Voranschlags im Landtag fortsetzen und zum Abschluß bringen. Die Landesregierung behält sich vor, im Verlaufe der Beratungen in den Ausschüssen Änderungen vorzuschlagen sowie einen Nachtragshaushalt einzubringen, falls sich das aus einer erneuten Überprüfung der finanziellen Möglichkeiten und Erfordernisse als zweckmäßig erweisen sollte.

Die dem Kultusministerium anvertraute Pflege der Kultur wird von den Grundlagen des abendländischen Wertbewußtseins ausgehen, die wir vor allem im Christentum und in den überlieferten Werten der Antike erkennen. Demgemäß wird die Landesregierung den Kirchen als den berufenen Trägern des religiösen Lebens besonderen Schutz und nachhaltige Unterstützung zuteil werden lassen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Sie ist sich bewußt, daß sich neben den christlichen Bekenntnissen auch andere religiöse und weltanschauliche Bildungsgrundlagen in gesellschaftlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen und politischen Gestaltungskräften geltend machen und den Geist der Zeit zu bestimmen trachten. Die Landesregierung wird bemüht sein, die dadurch entstehenden Spannungen und Gegensätze durch aufrichtige Toleranz zu lösen und zu überbrücken und die geistige Freiheit im kulturellen Schaffen zu gewährleisten.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Für die Gestaltung des Schullebens ist das geltende Schulrecht maßgebend; die Landesregierung wird nichts unternehmen, um eine Änderung der Grundlagen des am 8. April 1952 beschlossenen Schulgesetzes herbeizuführen, jedoch wird die Aufgliederung der Volksschule dort ihre Grenze haben müssen, wo die Anforderungen, die die Gesellschaft an den Unterrichtserfolg der Schulen zu stellen hat, nicht mehr erfüllt werden.

(Bravo! bei der SPD)

Die Neuordnung der Schulfinanzierung und Verwaltung betrachtet die Landesregierung als eine vordringliche Aufgabe. Um die Leistungsfähigkeit aller Schulen zu steigern, wird die Landesregierung auf dem bereits beschrittenen Wege weitergehen und den Wiederaufbau wie den Neubau von Schulen mit allen verfügbaren Mitteln fördern. Dabei werden die Schwerpunkte der Schulbauhilfe in den kriegszerstörten und den finanzschwachen Gemeinden liegen. Überdies wird die Landesregierung die im Landesschulgesetz von 1952 zwar beschlossene, aber noch nicht durchgeführte Verminderung übergroßer Klassenstärken auf das vorgesehene Höchstmaß so schnell wie möglich herbeizuführen bestrebt sein.

In vertrauensvoller Zusammenarbeit mit allen, die verantwortlich an der Entwicklung unseres Schulwesens beteiligt sind, nicht zuletzt mit den Lehrern und Erziehern als den berufenen Sachwaltern, wird es Aufgabe der Landesregierung sein, einen versöhnlichen Ausgleich widerstreitender bildungspolitischer Ansprüche herbeizuführen. So wird z. B. auch über die seit langem erhobene Forderung eines 9. Pflichtschuljahres zu entscheiden sein.

Das Niveau jeder Schule ist abhängig von der Qualität ihrer Lehrer. Darum mißt die Landesregierung der Lehrerbildung entscheidende Bedeutung bei.

(C)

(D)

(Steinhoff, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) Die Dauer des Volksschullehrerstudiums wird auf sechs Semester erhöht.

(Holthoff (SPD): Sehr gut!)

Der wissenschaftliche Teil der Ausbildung ist in Zusammenarbeit mit der Universität durchzuführen. Für die Ausbildungsstätten, die nicht in Hochschulorten liegen, müssen besondere Formen dieser Zusammenarbeit gefunden werden. Für die Realschullehrer ist eine entsprechende Verbindung ihrer Ausbildungsstätten mit der Universität zu gewährleisten.

Für eine Reform der Ausbildung der Lehrer an höheren Schulen werden die von der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Höhere Schule erarbeiteten Vorschläge als geeignete Diskussionsgrundlage erachtet.

Angesichts des Wandels des Bildungsideals im Zeitalter der Technik ist dem berufsbildenden Schulwesen eine sich ständig steigernde Bedeutung zugewachsen. Die Landesregierung wird daher der Berufsschule als der Grundstufe des berufsbildenden Schulwesens ihre besondere Sorge zuwenden.

Unser Bekenntnis zu einem sozialen Bildungsprogramm wird seinen Ausdruck finden im Ausbau des von der Volksschule über die Berufsschule führenden zweiten Bildungsweges.

(Beifall bei SPD und FDP)

Der bisher in einer einzigen Einrichtung, dem Oberhausener Institut, vertretene Oberbau dieses Bildungszugs wird eine schärfere Profilierung als Bildungsstätte begabter Werktätiger erfahren. Die Errichtung weiterer Institute dieser Art ist vorgesehen.

- (B) Das soziale Bildungsprogramm verlangt auch die baldige Verwirklichung der uneingeschränkten Schulgeldfreiheit.

(Beifall bei SPD und FDP)

Die Bedeutung der Berufsausbildung für die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft erfordert, daß die landwirtschaftliche Berufsschule nicht länger als Stiefkind des Bildungswesens behandelt wird.

(Beifall)

Daher sind alle für ihren Aufbau und Ausbau erforderlichen Voraussetzungen beschleunigt zu schaffen.

Der gesteigerten Bedeutung des berufsbildenden Schulwesens entspricht die gegenwärtige Gewerbelehrausbildung nicht. Wesentliche Aufgaben der Gewerbelehrausbildung sollten in die Obhut von Hochschulen gegeben werden.

Angesichts der Bedeutung, die der Technik im industriellen Produktionsprozeß zukommt, ist die Ausbildung von Ingenieuren zu einem vordringlichen Anliegen dieses Landes geworden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die Landesregierung wird deswegen der Ausbildung der Ingenieure die Qualität sichern, auf die die Wirtschaft unseres Landes angewiesen ist. Sie wird auch bemüht sein, dem gesteigerten Bedarf an Ingenieuren durch Ausbau bestehender und Errichtung neuer Ingenieurschulen zu entsprechen.

Die Landesregierung wird sich die Fragen der Mädchen- und Frauenbildung sehr angelegen sein lassen. Aus

dem Bekenntnis zum Grundsatz der Gleichberechtigung der Geschlechter fühlt sie sich verpflichtet, der weiblichen Jugend die gleichen Möglichkeiten der Bildung und Berufsausbildung wie der männlichen Jugend zu geben. (C)

(Beifall bei SPD und Zentrum)

Mädchen- und Frauenbildung kann sich nicht nur auf eine kleine gehobene Berufsschicht beschränken; sie muß auch die Tausende von Mädchen einbeziehen, die als Arbeiterinnen und Angestellte im Wirtschaftsleben stehen. Wir werden darüber hinaus bemüht sein, der gesamten weiblichen Jugend Bildungsmöglichkeiten zu geben und auszubauen, die sie auf die Lebensaufgabe in der Familie vorbereiten.

(Beifall bei der SPD)

Über die gesetzliche Verpflichtung hinaus weiß sich die Landesregierung mit den Einrichtungen der freien Erwachsenenbildung verbunden; sie wird vornehmlich der Volkshochschule als der Heimstätte mitbürgerlicher Begegnung jede mögliche Förderung zuteil werden lassen, die dazu beiträgt, sie zur hohen Schule einer im überparteilichen Sinne verstandenen politischen Bildung zu machen. Die Landesregierung wird die Volksbildung auch dadurch zu heben bemüht sein, daß sie dem ländlichen Büchereiwesen besondere Fürsorge angedeihen läßt.

Aus pädagogischen und gesundheitlichen Gründen mißt die Landesregierung dem Sport im gesamten Erziehungswesen besondere Bedeutung zu. Sie wird dafür sorgen, daß der Bau von Sportübungsstätten, insbesondere von Turnhallen, verstärkt gefördert und die geordnete Durchführung eines lebendigen Schulsports durch sportpädagogisch hinreichend vorgebildete Lehrkräfte gesichert wird. (D)

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Da vom Fortschritt der Wissenschaft in hohem Maße das wirtschaftliche Gedeihen, die soziale Sicherung und die kulturelle Gestaltung unseres Daseins abhängen, weiß sich die Landesregierung verpflichtet, alles zu tun, um den außerordentlich hohen sachlichen und persönlichen Nachholbedarf der Universitäten und Hochschulen zu befriedigen, um sie auf diese Weise wieder zum freien Wettbewerb in der Welt des Geistes zu befähigen.

Auch den Museen wird die Landesregierung eine freundliche Heimstatt sichern helfen. Sie wird die Begegnung mit hervorragenden Kunstwerken in Museen und Ausstellungen, Konzerten und Theatern pflegen helfen und für kunstpädagogische Veranstaltungen sorgen, die zum schöpferischen Nacherleben künstlerischen Gestaltens anleiten. Sie wird den künstlerischen Wettbewerb fördern und durch öffentliche Anerkennung hervorragender Leistungen die Nachwuchskräfte im Kunstschaffen anregen und ermutigen.

Die Landesregierung bekennt sich zu den rechtsstaatlichen Prinzipien des Grundgesetzes und der Landesverfassung. Sie wird alles tun, um die Unabhängigkeit der Gerichte zu sichern und ihnen ebenso wie der Staatsanwaltschaft und allen übrigen Justizorganen die Ausübung einer den modernen Erfordernissen genügenden volks- und lebensnahen Rechtspflege zu ermöglichen. Zu diesem Zweck werden wir insbesondere auch die vom Bund durchzuführende große Justizreform unterstützen.

(Steinhoff, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) Die Landesregierung beabsichtigt auch, die Aufspaltung der Ressortzuständigkeit für die verschiedenen Gerichtssparten unter dem Aspekt der Verwaltungsvereinfachung zu überprüfen.

Auf dem Gebiete der Strafjustiz wird sich die Regierung den Ausbau der Bewährungshilfe zum Ziele setzen. Diese Bewährungshilfe ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu einer modernen, den sozialen Bedürfnissen Rechnung tragenden Strafrechtspflege. Sie ist für uns ebenso bedeutsam wie die Ausgestaltung des Strafvollzugs. Hier sollten neue Wege sowohl zur Resozialisierung der besserungsfähigen Rechtsbrecher wie auch zum wirksamen Schutz der Gesellschaft begangen werden.

(Beifall)

Besondere Aufmerksamkeit werden wir der Ausbildung des Nachwuchses für den Justizdienst widmen. Eine erste Etappe auf dem Wege zu der dringend erforderlichen Reform der juristischen Ausbildung wird durch das Gesetz über die juristischen Staatsprüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst erreicht, für dessen alsbaldige Verabschiedung und Durchführung wir uns mit Nachdruck einsetzen werden.

Die Wirtschaftspolitik des Landes wird in dem von der Bundespolitik gesteckten Rahmen die Voraussetzungen für eine krisenfeste Wirtschaft schaffen helfen. Nordrhein-Westfalen ist der Standort der bedeutendsten Grundstoff- und Schwerindustrien der Bundesrepublik. Ein großer Teil der Arbeitnehmer ist aber auch in den Klein- und Mittelbetrieben tätig. Die Ergebnisse der Kernforschung und das heraufziehende Zeitalter der Automation stellen das Land vor besondere Aufgaben.

- (B) Die Fragen der Kohlen-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung drängen auf eine Lösung, wenn unsere Wirtschaft in dem erforderlichen Maße ausgebaut werden soll. Die Landesregierung wird die fruchtbare Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft für Rationalisierung und das Forschungsinstitut in Aachen nach Kräften fördern, damit ihre Arbeitsergebnisse zur Steigerung der Produktivität nutzbar gemacht werden können; denn nur auf diesem Wege kann der Lebensstandard erhöht und der Wunsch breiter Schichten nach Arbeitszeitverkürzung ermöglicht werden.

(Dobbert (SPD): Sehr gut!)

Mit dem Ziele der Rationalisierung mittelständischer Betriebe werden die eingeleiteten Kreditaktionen für Handwerk, Handel, freie Berufe und industrielle Klein- und Mittelbetriebe stärker als bisher unterstützt werden müssen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

In der Einrichtung von Gewerbeförderungsanstalten und ihrer Unterstützung sieht die Landesregierung eine weitere Möglichkeit, den Ausbildungsstand des Facharbeiternachwuchses und die Leistungsfähigkeit der mittelständischen Betriebe zu heben.

Wie Sie wissen, ist in den letzten Monaten in Deutschland mit wachsender Stärke von berufener Seite auf die Bedeutung des kommenden Zeitalters der Atomtechnik hingewiesen worden. Es ist lebhaft zu bedauern, daß die maßgeblichen Stellen des Bundes jahrelang den auf diesem Gebiet sich abzeichnenden Umwälzungen kein genügendes Interesse entgegengebracht und daß sie nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft haben, um den zwischen der

deutschen und ausländischen Kernforschung bestehenden Abstand zu verringern. Die Landesregierung wird ein besonderes Gremium zum Studium der Atomfragen berufen, das mit den übrigen Ländern und der Atomkommission der Bundesregierung zusammenarbeiten und die Interessen unseres Industrielandes fördern und vertreten soll.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wir werden ferner die Aufstellung einer kleineren Isotopen-Trennanlage und eines Forschungsreaktors sowie in räumlichem Zusammenhang mit diesen Anlagen die Schaffung eines wissenschaftlichen Zentrums für Forschungen auf dem Gebiete der Atomenergie ernsthaft prüfen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Es versteht sich von selbst, daß unsere Universitäten und die Technischen Hochschulen dazu herangezogen werden. Die Landesregierung legt besonderen Wert darauf, daß auf diesem Gebiet jede Einengung durch starre Organisationsformen vermieden wird und die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung unangetastet bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Was die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Atomforschung und -technik angeht, so bejahen wir diese selbstverständlich, gehen dabei aber von der unerläßlichen Voraussetzung aus, daß jede Diskriminierung der deutschen Wissenschaft und Technik unterbleibt.

(Beifall bei SPD und FDP)

Bei aller zukünftigen Bedeutung der Atomtechnik muß jedoch andererseits die Tatsache unterstrichen werden, daß der wichtige Rohstoff Kohle seine Bedeutung nicht verliert, vielmehr in wachsendem Maße für die Hüttenwerke und die chemische Industrie benötigt wird. Wir warnen deshalb vor einer Vernachlässigung des Bergbaues, der noch für viele Generationen die Grundlage der Arbeits- und Lebensmöglichkeiten unseres ganzen Landes sein wird.

(Beifall bei SPD und FDP)

In diesem Zusammenhang ist uns die Reorganisation der Bergbehörden zur Verbesserung der Bergaufsicht und zum Schutze des Bergmannes ein ernstes Anliegen. Die Landesregierung wird darauf drängen, daß die Maßnahmen zur Unfallverhütung und zur Bekämpfung der Stauberkrankungen intensiviert werden.

(Beifall)

Bei aller Notwendigkeit der verstärkten Förderung der Kernforschung lege ich Wert auf die Feststellung, daß dies nicht auf Kosten der übrigen Forschungsaufgaben geschehen darf. Die Forschung muß vielmehr auf allen Gebieten gleichmäßig vorwärtsgetrieben werden. Die Landesregierung wird daher die bisher auf diesem Gebiet vom Lande entwickelte Initiative nicht nur fortsetzen, sondern auch noch zu verstärken suchen. Insbesondere wird die von meinem Amtsvorgänger dankenswerterweise gegründete Arbeitsgemeinschaft für Forschung ohne Änderung ihrer Arbeitsweise und Organisation weitergeführt werden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Geistes- und Naturwissenschaften sollen hier in freier Forschung die Grundlagen einer besseren Zukunft erar-

(C)

(D)

(Steinhoff, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) beiten. An der finanziellen Hilfe des Landes soll es dabei nicht mangeln.

Die Verhältnisse auf den Straßen unseres Landes, die leider noch immer wachsende Zahl der Verkehrstoten und das weitere sprunghafte Ansteigen der Motorisierung erfordern den verstärkten **Ausbau unserer Straßen**. Die Landesregierung teilt nicht die Auffassung, daß beim Straßenbau wegen der Gefahr einer Überhitzung der Konjunktur eine gewisse Zurückhaltung geübt werden müsse.

(Beifall bei SPD und FDP)

Sie wird deshalb mit der Bundesregierung in Verhandlungen über eine Steigerung des Ausbautempos der Bundesfernstraßen sowie der beschleunigten Fertigstellung der Autobahnen eintreten.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Hier könnte im Einvernehmen mit der Bundesregierung durch eine teilweise Vorfinanzierung die Verkürzung der Bauzeiten erreicht werden. Wir werden die erhöhten Zuwendungen für den Aus- und Umbau der Landstraßen I. und II. Ordnung sowie für den Gemeindegebäudebau nach Möglichkeit weiter aufstocken. Die Landesregierung wird insbesondere auf eine Verbesserung der Ortsdurchfahrten, den Bau von Umgehungsstraßen und Radfahrwegen drängen. Für den Verkehrsunterricht in den Schulen werden besondere Mittel bereitgestellt.

Wir werden die Bundesbahn weiterhin bei der Elektrifizierung der wichtigen Eisenbahnverbindungen unseres Landes unterstützen. Die Förderung der lebenswichtigen Nahverkehrsunternehmen, der Binnenschifffahrt und der wiedererstandenen Lufthansa wird sich die Landesregierung angelegen sein lassen.

(B)

Auf dem Gebiet der **Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** wird sich die Landesregierung mit besonderer Aufmerksamkeit den Problemen zuwenden, die namentlich in der letzten Zeit die Öffentlichkeit stark beschäftigt haben. Ich darf Sie daran erinnern, meine Damen und Herren, daß der Deutsche Bundestag erst vor wenigen Tagen — zu unserer Freude einstimmig — den „Grünen Bericht“ und die damit in Zusammenhang stehenden Maßnahmen gebilligt hat. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß in unserer modernen Industrielandwirtschaft durch ihre Gebundenheit an Bodenverhältnisse, Klima, Jahreszeitwechsel und andere Faktoren ins Hintertreffen geraten ist. Wir sehen diese Entwicklung in der ganzen Welt und müssen daraus die notwendigen Folgerungen ziehen, wenn wir uns unserer Verantwortung gegenüber dem Ganzen bewußt bleiben wollen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Für entscheidend hält die Landesregierung im Interesse einer befriedigenden Entwicklung vor allem jene Maßnahmen, die geeignet sind, eine Verbesserung unserer Agrarstruktur herbeizuführen. Dazu gehören die Flurbereinigung, die Aussiedlung von Betrieben aus beengter Dorflage und die Aufstockung bisher nicht lebensfähiger bäuerlicher Betriebe. Nicht minder wichtig erscheinen daneben wirksame Bodenverbesserungen und die Anlegung zweckmäßiger Wirtschaftswege.

Außer diesen Maßnahmen auf weite Sicht sind selbstverständlich von größtem Wert jene Bestrebungen, die

unmittelbar dazu beitragen, die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe zu sichern. Ich denke dabei etwa an eine beschleunigte Durchführung der Rationalisierung unseres Molkereiwesens und auch an eine noch stärkere Unterstützung des Tbc-Tilgungsverfahrens für die Rinderbestände. Da vom Bund jetzt 896 Millionen DMark für die verschiedensten Zwecke zur Verfügung gestellt wurden, darf angenommen werden, daß wir in dieser Hinsicht jetzt besser vorankommen.

Wir lassen uns bei unseren Überlegungen vor allem auch von der Tatsache bestimmen, daß sich die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen im wesentlichen auf mittel- und kleinbäuerliche Betriebe stützt, deren Existenz nicht aufs Spiel gesetzt werden darf.

(Sehr gut! und lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Es sind also neben den wirtschaftlichen Erwägungen die sozialen Rücksichten, die uns verpflichten, verantwortungsvoll zu handeln. Deshalb werden wir auch alle bisherigen Bemühungen energisch fortsetzen, die der „sozialen Aufrüstung“ des Dorfes dienen. Dazu gehört namentlich die Unterstützung der Gemeinschaftsanlagen, die die Arbeit der schwergeplagten Bäuerinnen erheblich entlasten können.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Für nicht minder dringlich halten wir eine systematische Förderung aller Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, mit deren Hilfe in unserer Landbevölkerung das Verständnis für neuzeitliche Erkenntnisse und Methoden geweckt wird.

Ein besonders schwieriges Problem in unserem dichtbesiedelten Lande ist die Beschaffung von Land für Siedlungen und Nebenerwerbsstellen. Die Landesregierung wird sorgfältig untersuchen müssen, welche Möglichkeiten sich noch durch Maßnahmen erschließen lassen, die durch das Bodenreformgesetz gegeben sind. In diesem Zusammenhang möchte ich nur darauf hinweisen, daß wir uns bemühen werden, bei der Anforderung von Gelände für militärische Zwecke die Ansprüche der Zivilbevölkerung und der Landwirtschaft voranzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Bei allem, was für die Landwirtschaft geschehen soll, wird uns die Erkenntnis leiten, daß eine gerechte und wohlabgewogene Förderung der Landwirtschaft ja der Sicherung unserer Ernährung dient. Dieser wesentliche Gesichtspunkt wird leider zu oft vergessen. Wir haben jedoch die Pflicht, ihn ständig zu berücksichtigen, wie es auch unsere dringliche Aufgabe im Interesse der Verbraucher ist, darauf zu achten, daß die Märkte ausreichend mit einwandfreier Ware zu angemessenen Preisen beschickt werden.

(Beifall bei der SPD)

Noch ein Wort zur **Wasserwirtschaft**! Sie wissen, meine Damen und Herren, wie wichtig sie namentlich für unser Land ist. Je intensiver wir uns um ihre schwierigen Probleme bemühen, um so eher besteht die Aussicht, daß wir die Gefahr eines verhängnisvollen Wassermangels bannen. Deshalb wird die Landesregierung sich mit besonderem Interesse allen Fragen widmen, die eine wasserwirtschaftliche Bedeutung gewinnen. Dazu gehört ebenso

(C)

(D)

(Steinhoff, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) der umfangreiche Abbau der Braunkohle im Ertfgebiet wie beispielsweise der wasserwirtschaftliche Effekt planmäßiger forstwirtschaftlicher Bemühungen. Nicht zuletzt betrachten wir deshalb auch unter diesem Gesichtspunkt die notwendige Umwandlung von Niederwald in ertragreicheren Hochwald.

Die Landesregierung wird sich beim **Wiederaufbau** — ohne die allgemeinen Bauangelegenheiten, insbesondere das Wohnungs- und Siedlungswesen, zu vernachlässigen — nachdrücklich für den sozialen Wohnungsbau einsetzen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der FDP)

Sie wird dabei sicherzustellen suchen, daß trotz aller Behinderung durch gestiegene Baukosten und eingeschränkte Finanzierungsquellen das bisherige Bauvolumen mindestens erreicht, möglichst aber gesteigert wird. Daß dabei die Beseitigung der Massen- und Barackenquartiere vorrangig erscheint, ist selbstverständlich. Darüber dürfen und sollen eigentumserhaltende und -bildende Maßnahmen im Wohnungswesen gebührende Beachtung finden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Die mit Recht seit langem geforderte Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens für die Gewährung öffentlicher Baudarlehen wird die Landesregierung energisch weiter vorantreiben.

Vor allem wird die Landesregierung den Wiederaufbau der Gemeinden zu fördern suchen. Es ist beabsichtigt, die Bewilligung der Mittel für Neubauten von der staatlichen Mittelinstanz in die Kreisebene zu verlagern. Es ist selbstverständlich, daß dabei übergeordnete Gesichtspunkte der Wohnungsbaupolitik und der notwendigen Kontrolle den Vorrang behalten müssen. Dabei wird zu untersuchen sein, ob zur Neuregelung dieser Fragen die Bildung eines besonderen Instituts für Wohnungsbau zweckmäßig ist. Die Landesregierung wird endlich auch die gegenwärtig wenig koordinierte und kostspielige Zweigleisigkeit von Finanzneubauämtern und Landeshochbauämtern sowie ihre zweckmäßige Zusammenfassung in der Zentralinstanz überprüfen müssen.

- (B) Das weite Gebiet menschlicher Tätigkeit, das wir allgemein mit dem Begriff „Arbeit“ kennzeichnen, wird die Landesregierung in der Erkenntnis betreiben, daß die menschliche Arbeitskraft vor dem Kapital zu rangieren hat.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der FDP)

Nachdem die großen bundesrechtlichen Gesetze zum Einzelarbeitsrecht wie zum kollektiven Arbeitsrecht vorliegen, werden wir uns bemühen, den bei diesen Gesetzen vorausgesetzten großen Gedanken der Sozialpartnerschaft zu beleben und zum Nutzen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern wirksam zu gestalten.

(Sehr gut! bei der SPD)

Hier wie auch in anderer Beziehung erstrebt die Landesregierung die engste Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberorganisationen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

In unserem hochindustrialisierten Lande spielen die Arbeitsschutzvorschriften eine große Rolle. Ihre genaue Beachtung muß in allen Betrieben durchgesetzt werden,

weil nur so Gesundheit und Leben der Arbeitnehmer an ihren Arbeitsplätzen wirklich geschützt werden können. (C)

Im Arbeitsrecht soll die letzte landesgesetzliche Lücke mit dem Urlaubsgesetz, das dem Landtag zur Beratung vorliegt, geschlossen werden. Es ist jedoch nicht zu bestreiten, daß das gesamte bestehende Arbeits- und Sozialrecht — gleichviel, ob landes- oder bundesrechtlichen Charakters — in seinem Werte für Arbeiter und Angestellte wie auch für Arbeitgeber weitgehend von der Leistung der Arbeits- und Sozialgerichte abhängt. Diese können aber ihren Beitrag zum sozialen Frieden nicht leisten ohne dringend erforderliche organisatorische Verbesserungen. Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß in unserem dichtbevölkerten Lande alle sozialen Fragen im Vordergrund stehen. Aus diesem Grunde wird die Landesregierung einen höheren Wirkungsgrad in der allgemeinen Fürsorge, in Versorgung und Betreuung der Kriegsoffer und Hinterbliebenen einschließlich der Spätheimkehrer, Schwerbeschädigten sowie der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge tatkräftig anstreben.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Dabei müssen die Evakuierten endlich zu ihrem angestammten Recht auf ihre alte Heimat kommen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Unsere Demokratie wird nur eine Zukunft haben, wenn die Jugend freudig für sie einsteht. Wir sollten ihr deshalb behilflich sein, die hohen sittlichen Werte der demokratischen Lebensform zu erkennen. Die Landesregierung sieht im **Landesjugendplan** ein wertvolles Hilfsmittel dazu. Sie ist bereit und darf wohl die Zustimmung des ganzen Hauses voraussetzen, die Maßnahmen des Landesjugendplans nach Kräften voranzutreiben und Schwerpunkte zu bilden, die eine Zersplitterung der Hilfen weitgehend ausschließen. Dabei sollen Maßnahmen der Jugendpflege und der Jugendbildung den Vorrang haben. (D)

(Beifall bei der SPD)

Die schwierige Lage der westlichen Grenzgebiete des Landes wird von der Landesregierung anerkannt. Sie ist bereit, die bisherigen Förderungsmaßnahmen unter besonderer Berücksichtigung der kommunalen Aufgaben fortzusetzen und den Grenzkreisen jede mögliche praktische Unterstützung zu gewähren. Die Forderung auf Erweiterung der Nahverkehrszone wird die Landesregierung beim **Bund** nachdrücklich vertreten.

Ich werde **darauf drängen**, daß die Verhandlungen zwischen der Bundesregierung einerseits und den befreundeten Nachbarstaaten Belgien und den Niederlanden andererseits über die von ihnen verwalteten deutschen Gebiete beschleunigt im Geiste der Gleichberechtigung und der internationalen Verständigung abgeschlossen werden. Die durch die vorläufigen, einseitig verfügbaren Grenzberichtigungen geschaffene Lage belastet das gutnachbarliche Verhältnis in unnötiger Weise.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Meine Damen und Herren! Es ist der neuen Landesregierung ein besonderes Bedürfnis, eine enge kollegiale **Zusammenarbeit mit dem Hohen Hause** und seinen Organen anzustreben. Sie darf deshalb auch die Erwartung



(Steinhoff, Ministerpräsident)

(Regierungserklärung)

- (A) aussprechen, daß die Fraktion der Christlich-Demokratischen Union die für sie neue Aufgabe der Opposition als einen konstruktiven Beitrag zum demokratischen Staat im Sinne der beiden letzten Regierungserklärungen, die in diesem Hause abgegeben worden sind, auffassen wird.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Ich möchte diese Erklärung nicht schließen, ohne unserer deutschen Brüder und Schwestern in der sowjetischen Besatzungszone und in der Hauptstadt Deutschlands, im freien Berlin, zu gedenken. Die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ist und bleibt das Hauptanliegen aller Deutschen.

(Stürmischer, anhaltender Beifall bei allen Fraktionen)

Die Landesregierung wird alle Bestrebungen und Maßnahmen, die geeignet sind, die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit alsbald zu verwirklichen, tatkräftig unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Wir grüßen in dieser Stunde die Millionen Deutscher jenseits der widernatürlichen Grenze, die unser Vaterland zerrissen hat.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Diesem Gruß nach Osten schließt sich ein nicht minder herzlicher Gruß an die Deutschen an der Saar an.

(Erneuter lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Wir sind ihnen dankbar dafür, daß sie sich trotz aller internationaler Schwierigkeiten, trotz aller Wirrungen und Hemmnisse in einer imponierenden Haltung zu unserem Volk und zur völligen staatlichen Verbundenheit mit ihm bekannt haben.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Saarregierung recht bald die Regierung eines Landes der Deutschen Bundesrepublik sein wird.

(Erneuter lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Was uns in unserer politischen Tätigkeit immer wieder stärkt und zusammenführt, meine Damen und Herren, ist der Gedanke, daß wir gemeinsam am Bau eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates arbeiten, der sich vornehmlich zum freien Westen bekennt.

(Stürmischer Beifall bei den Regierungsparteien)

Wir wissen uns einig mit den freien Völkern Europas und der Welt, die sich zum Ziele gesetzt haben, allen Menschen ein Leben in Freiheit von Furcht und Not zu ermöglichen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Nordrhein-Westfalen, das industrie- und volkreichste Land der Bundesrepublik, wird seinen Beitrag dazu leisten durch die Mobilisierung aller seiner geistigen, politischen und wirtschaftlichen Kräfte.

(Stürmischer, langanhaltender Beifall bei den Regierungsparteien)

**Präsident Gockeln:** Meine Damen und Herren! Das Haus hat die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten im Namen der neuen Regierung entgegengenommen. Wir sind übereingekommen, am Freitag, dem 2. März, um 10 Uhr, mit der Aussprache über diese Erklärung zu beginnen. (C)

Das Haus hat davon Kenntnis genommen, daß der Herr Ministerpräsident gemäß Art. 52 der Landesverfassung die von ihm berufenen Mitglieder dem Hause bekanntgab. Gemäß Art. 53 sind die Herren Minister bereit, nunmehr vor dem Hause ihren Amtseid zu leisten. Ich weise darauf hin, daß nach einer schon früher vereinbarten Interpretation unserer Verfassung auch die bisherigen Träger eines Ministeramts den Eid vor dem Hause erneut abzulegen haben. Diese Interpretation haben wir bereits im Jahre 1954 angewendet. Ich bitte, auch heute davon Gebrauch zu machen. Ich bitte die Ihnen bekanntgemachten Herren Minister, nunmehr zur Vereidigung hierherzukommen.

Meine Herren Minister! Nach Art. 53 unserer Verfassung leistet der Minister bei Amtsantritt einen Eid, den wir in unserer Verfassung niedergelegt haben. Sie haben mir Ihre Bereitwilligkeit erklärt, diesen Eid zu leisten. Ich bitte Sie nun, die von mir vorgeschriebene Eidesformel jeweils satzweise zu wiederholen.

Ich schwöre, daß ich meine ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können unparteiisch verwalten, Verfassung und Gesetz wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe. (D)

(Die Minister werden durch Handschlag verpflichtet)

Bevor ich die Sitzung schließe, bitte ich, noch folgendes zur Kenntnis zu nehmen:

1. Die Ausschußberatungen sollen ab sofort wieder beginnen. Die Vorsitzenden der Ausschüsse wollen also die Einberufung der Sitzungen veranlassen.

2. Ich bitte die Mitglieder des Ältestenrats, sofort im Anschluß an diese Sitzung zusammenzukommen, um den Ablauf der am Freitag stattfindenden Plenarsitzung sowie weitere Dinge zu erörtern.

Damit ist die Aufgabe des heutigen Vormittags erfüllt. Ich schließe die Sitzung und berufe das Plenum für Freitag, den 2. März, vormittags 10 Uhr, ein.

**Schluß: 11.30 Uhr**

Ausgegeben am 3. März 1956

Die Drucksachen des Landtags sind fortlaufend und einzeln durch Hoch-Verlag C. m. b. H., Düsseldorf, Kronprinzenstraße 27/29, Telefon 262 42, zu beziehen ab 1. 4. 1956 bei: Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Haus des Landtags